

SPD-Ratsfraktion
 CDU-Ratsfraktion
 Ratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 FDP-Ratsfraktion
 Ratsmitglied SSW

Zu Punkt **10.3** der Tagesordnung

Interfraktioneller Antrag		0076/2012 öffentlich 31.01.2012
Datum	Gremium	Antragsteller/in
Ö 16.02.2012	Ratsversammlung	Ratsfrau Langfeldt, SPD-Ratsfraktion Ratsherr Stadelmann, SPD-Ratsfraktion Ratsherr Kruber, CDU-Ratsfraktion Ratsfrau Günther, Ratsfraktion B 90/Die Grünen Ratsfrau Hirdes, Ratsfraktion B 90/Die Grünen Ratsherr Landsiedel, FDP-Ratsfraktion Ratsfrau Danker, SSW
Betreff:		
Resolution: Kiel setzt dem politischen Extremismus ein klares Bekenntnis zur freiheitlichen Demokratie entgegen		

Antrag:

1. Die Ratsversammlung der Landeshauptstadt Kiel verurteilt den Versuch neonazistischer Gruppierungen, durch einen neuerlichen Aufmarsch zum Jahrestag der Bombardierung Lübecks am 29. März 1942 das Leid der damals betroffenen Bevölkerung für eigene politische Zwecke zu instrumentalisieren und zugleich den Versuch zu unternehmen, die nationalsozialistischen Verbrechen zu relativieren: Sie begrüßt das öffentlich bekanntgemachte Bestreben der Sicherheits- und Versammlungsbehörden, die Nazi-Demo in unserer Nachbarstadt Lübeck am 31. März 2012 rechtssicher verbieten zu wollen. Ebenso verurteilt die Ratsversammlung die angekündigte NPD-Kundgebung am 1. Mai 2012 in der benachbarten kreisfreien Stadt Neumünster.
2. Die Ratsversammlung begrüßt, dass sich auch in diesem Jahr ein breites Bündnis aus Kirchen, Parteien, Verbänden und Initiativen gefunden hat, um gegen den Aufmarsch der Rechtsextremen in Lübeck zu protestieren.
3. Die Ratsversammlung bekräftigt das klare Bekenntnis zur historischen Verantwortung Deutschlands, das Eintreten für die Freiheit und Toleranz des Grundgesetzes, unterstützt das zivilgesellschaftliche Engagement der demokratischen Öffentlichkeit und ruft dazu auf, sich friedlich ohne Gewalt an den Demonstrationen zu beteiligen.
4. Die Ratsversammlung schließt sich in Verbundenheit mit unseren Nachbarstädten dem interfraktionellen Beschluss der Fraktionen von CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen und SSW im Schleswig-Holsteinischen Landtag vom 27. Januar 2012 (Landtagsdrucksache 17/2216) an und unterstützt ausdrücklich alle friedlichen Aktivitäten zur Erinnerung und Mahnung sowie das Engagement gegen Rechtsextremismus.
5. Die Ratsversammlung dankt ausdrücklich allen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, die immer wieder unter schwierigsten Bedingungen das Grundrecht der Demonstrationsfrei-

heit geschützt, mögliche Ausschreitungen unterbunden und Leben und Gesundheit in ihrem Dienst an unserem Gemeinwesen eingesetzt haben. Ihre Arbeit verdient höchste Anerkennung.

Begründung:

Die Ratsversammlung ist sich ihrer historischen Verantwortung für die Wahrung von Demokratie und Freiheit bewusst. Fremdenhass, Antisemitismus und die Verherrlichung des Krieges haben in unserer Gesellschaft keinen Platz. Die Opfer des Bombenangriffes auf Lübeck in der Nacht zum Palmsonntag 1942 mahnen uns, dass von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgehen darf. Die Zerstörung von Lübeck, Kiel, Hamburg, Dresden und anderer deutscher Städte im 2. Weltkrieg sind die Folge von Leid und Unrecht, welches die nationalsozialistische Gewaltherrschaft über die Völker Europas gebracht hat.

Der Missbrauch der Gedenktage durch Rechtsextremisten stellt für die Ratsversammlung eine Verhöhnung der Opfer dar, der entschieden entgegengetreten werden muss.

Ratsfrau Gesa Langfeldt
Ratsherr Falk Stadelmann
SPD-Ratsfraktion

f.d.R.

U. Weise

Ratsherr Stefan Kruber
CDU-Ratsfraktion

f.d.R.

Kruber

Ratsfrau Katja Günther
Ratsfrau Dagmar Hirdes
Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

f.d.R.

Katja Günther

Ratsherr Helmut Landsiedel
FDP-Ratsfraktion

f.d.R.

i.A. Landsiedel

Ratsfrau Antje Danker
SSW

Antje Danker